

Ein sperriger Begriff auch im Saarland

Was bitte ist „HWRM-RL“?

Über die „HWRM-RL“ wurde im Umweltmagazin Saar bisher nicht so ausführlich berichtet wie zur EU-Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL). Das Kürzel verstehen viele erst, wenn sie plötzlich in ihrem Haus im Wasser und Schlamm stehen, die auf der einen Seite rein und nur zum Teil auf der anderen Seite wieder rausfließen. Bin ich hier



„Unterwasserautobahn“ in Saarbrücken

an der Ahr? Nein, aber vielleicht in irgendeinem Tal im Saarland.

HWRM-RL bedeutet „Hochwasserisikomanagement-Richtlinie“, und gehört wie die EU-WRRL und weitere zu den Europäischen Rahmenrichtlinien, die sich mit dem Wasser befassen. Parallel zur EU-WRRL erfolgte hier im Jahr 2021

die Aufstellung des neuen Bewirtschaftungsplanes. Was anfänglich als Hochwasserschutz gegen zumeist langsam ansteigende Flusspegel begann, hat sich zur Problematik

der lokal auftretenden sehr schnell ansteigenden Starkregenereignisse erweitert, die mit sehr heftigen Schäden auftreten und wie an der Ahr zahlreiche Menschenleben gekostet haben.

Der BUND Saar ist seit Jahren über den Beirat der Landesregierung thematisch eingebunden. Hier vertritt der BUND vor allem die ökologischen Ansätze zur Schadensvermeidung im Voraus. Während allgemein die rechtzeitige Warnung der Bevölkerung, Katastrophenhilfe und anschließend die gut organisierte Behebung der Schäden im Vordergrund standen, legt der BUND Saar seinen Blick darauf, es erst gar nicht so weit kommen zu lassen. Knackpunkt sind die Starkregeneinzugsgebiete, Flächen oberhalb der Ortschaften, aus denen die Regenwassermengen zusammenströmen und in die Ortslagen eindringen.

Von Seiten des Umweltbundesamtes (UBA) ist bekannt: „Unterschiedliche Landnutzungen führen zu unterschiedlichen Abflussmengen.“ Wald ist günstig, Ackerflächen sind ungünstig, wie man auch an den Schlammengen im Ahrtal, die ja nichts anderes sind als die Ackerböden, erkennen konnte. In der Landschaft Wasserrückhalt zu verbessern, auch durch geänderte landwirtschaftliche Praxis, wäre für alle ein gesellschaftlicher Gewinn.

Einen ausführlichen Artikel finden Sie auf Seite 32 bis 33.
Steffen Potel



Insgesamt haben sich bis zu 1.000 Teilnehmer*innen versammelt und mit selbstgemachten Transparenten ihre Bedenken gegen das geplante Vorhaben zum Ausdruck gebracht. Bei der Abschlusskundgebung war auch der stellvertretende Landesvorsitzende Michael Grittmann unter den Rednern. Die drei wichtigsten Gründe für die Ablehnung dieser Ansied-

Großdemo gegen SVOLT

Die Bürgerinitiativen aus Friedrichweiler und Überherrn hatten am 19.03.2022 zu einer großen Demonstration gegen den Bau einer Batteriefabrik von SVOLT auf dem Linsler Feld aufgerufen, an der auch viele Lokalpolitiker und Verbände teilnahmen.

lungspläne sind die zu erwartenden großflächigen Versiegelungen in einem Vorranggebiet für Landwirtschaft, die unmittelbare Nähe zum Naturschutzgebiet Warndt und die Eingriffe in ein Vorranggebiet für Grundwasserschutz. Vor allem der hohe Wasserverbrauch, die Verringerung der Grundwasserneubildung und mögliche Kontaminierung des Grundwassers bei Störfällen sind sehr beunruhigend, und diese Sorge ist berechtigt:

Jay Famiglietti, der Direktor des Global Institute for Water Security an der Universität im kanadischen Saskatoon kommt nach der Auswertung von Daten der Grace-Satelliten im Auftrag der NASA und des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt zu folgendem Ergebnis: „Deutschland hat in 20 Jahren Wasser im Umfang des Bodensees

verloren. Das ist unvorstellbar viel Wasser.“ Der Klimawandel ist dabei die Hauptsache. Zum einen führen höhere Temperaturen zu mehr Verdunstung, zum anderen fließt mehr Wasser in Starkregenereignissen einfach ab und kommt erst gar nicht in den Grundwasserkörpern an. Famiglietti sagt weiter: „Und wenn man sich die Daten genau anschaut, sieht man, dass es in der Region um Lüneburg ein besonders hohes Maß an Wasserrückgang gibt, ebenso im Südwesten, in Baden-Württemberg und im Südosten, in Bayern.“

Auch in der Landwirtschaft und in den privaten Haushalten wird der Wasserverbrauch zunehmen. Wir sind also gut beraten, wenn wir in unseren Vorranggebieten für Grundwasserschutz keine Eingriffe vornehmen.

Michael Grittmann



Fotos © Werner Reis